

Danziger Zeitung

No 16285.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Retterbagergasse Nr. 4 und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die Zeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Berlin, 31. Januar. Prinz Heinrich von Preußen hat heute Abend die Rückreise nach Berlin angetreten.

London, 31. Jan. Ein Telegramm von Lloyd's aus Bahia vom heutigen Tage meldet: Das französische Dampfschiff „Ulysses“ ist mit einem Theile der Mannschaft des englischen Schiffes „Kapunda“, welches auf offener See von einem unbekannten Dampfer überfahren worden ist, hier eingetroffen. Das Schiff „Kapunda“ wurde hierbei in den Grund geholt und es haben 360 Menschen das Leben eingebüßt. Das Schiff hatte London am 11. v. M. mit Auswanderern verlassen, um sich nach Fremantle in Australien zu begeben.

Belgrad, 31. Januar. Von einem Besuche des Königs Milan in Bukarest, wie solchen mehrere Blätter als bevorstehend gemeldet hatten, ist in hiesigen maßgebenden Kreisen nichts bekannt.

Petersburg, 31. Januar. Bei dem deutschen Botschafter General von Schweinitz fand heute ein großes Diner statt, zu welchem u. A. der Minister des kaiserlichen Hauses, Graf Woronzow, daschdow, Staatssecretär Richter, Graf Janatow, nebst ihren Gemahlinnen, die Oberhofmeisterin Fürstin Kotschubaj, der Oberhofmarschall Fürst Trubezkoi und andere höhere Beamte, sowie Vertreter der Diplomatie geladen waren.

Politische Uebersicht.

Danzig, 1. Februar.

Ist das Septennat von 1874 ein Compromiß für die Dauer?

Diejenigen, welche die freisinnige Partei wegen ihres Verhaltens in der Militärfrage angreifen, werden nicht müde, die vollständig falsche Behauptung zu wiederholen, daß im Jahre 1874 das Septennat als ein dauernder Compromiß zwischen Regierung und Reichstag abgeschlossen sei. Diese ganz falsche Behauptung wird schon durch die vom Abg. Richter in der hiesigen Schützenhausversammlung erwähnte offizielle Erklärung des Kriegsministers v. Kamade widerlegt, daß der Reichstag für die Zukunft an das Septennat nicht gebunden sei. Der Abg. Richter wies u. A. auch auf die Erklärungen des Abg. Löwe-Buchum i. J. 1874 hin, der damals für das Septennat stimmte und später bekanntlich der nationalliberalen Partei beitrug. Da auch Herr v. Bennigsen in seiner hannoverschen Rede der Abg. Löwe und Berger erwähnt hat, ist es von Interesse, den Inhalt der Rede Löwe's sich noch einmal genauer in das Gedächtnis zurückzurufen.

Der spätere nationalliberale Abg. Löwe erklärte ausdrücklich, am 14. April 1874, daß die Regierung „im größten Irrthum wäre, wenn sie dächte, daß sie das Septennat in alle Ewigkeit genießen würden“.

„Ich hoffe, daß die Herren Vertreter des Bundesraths nach sieben Jahren mit weniger Vorurtheil gegen die parlamentarische Behandlung und zwar in ihrer allerniedrigsten und regelmäßigsten Form der jährlichen Behandlung eintreten werden, als sie es heute für möglich halten. Heute weiß ich, daß die Vorurtheile sehr stark sind, daß sie auch sehr stark sind in den maßgebendsten Kreisen, und ich gehe offen, daß diese Ueberzeugung immer ein Grund vieler Bedenken und großen Unbehagens für mich gewesen ist, als wir dieser Militärfrage wieder gegenüber traten. ... Ich bin der Ueberzeugung, daß dieser § 1, so wie er in der Regierungs-Vorlage liegt, niemals für einen deutschen Reichstag annehmbar ist, und daß, wenn ein Parlament aufgenommen wird, das ihn annimmt, Sie dann auf die schlimmsten Wege für die Sicherheit, für die Einheit und für die friedliche Entwicklung unseres Vaterlandes gerathen. Sie werden ein solches Parlament vielleicht bekommen können, ja, ich leugne es nicht, ich sehe eine Gefahr darin, wenn die Auflösung des Hauses folgte, daß unter der gegenwärtigen Strömung ein solches Parlament kommen könnte. Das ist mit ein Grund, der mich bestimmt hat, diesem Compromiß jetzt zuzustimmen, weil ich die großen Schwierigkeiten, mit welchen der innere Ausbau unseres Staates zu kämpfen hat, auf dem friedlichen Wege der Reform zu überwinden möchte. Glauben Sie doch nicht, meine Herren, daß eine solche Strömung von Dauer ist, wie sie den Forderungen der Regierung jetzt zu Hilfe kommt. Ich will nicht unterreden, ob diese Strömung gemacht ist oder nicht. Der Herr Abgeordnete v. Bennigsen hat Ihnen aber schon gesagt, daß mit dieser Strömung in der Militärfrage durchaus nicht das bewiesen wird, was die Herren vom Bundesrath damit benehnen wollen. Es wird durch diese Strömung wesentlich nur bewiesen, im Haupttheile, daß man keinen Streit will, keinen Conflict jetzt will, aber durchaus nicht, daß das Parlament sich seiner Rechte auf immer begeben soll. In dieser Strömung ist aber, und ich muß es offen aussprechen, noch ein anderes Element, und zwar ein sehr gefährliches Element eingetreten, das in seiner Dauer sehr gefährlich für unsere Entwicklung werden würde. Ein Theil dieser Demonstration ist nämlich nicht weiter, als ein verheißener, aber sehr ernstlicher Protest gegen das allgemeine Stimmrecht.“

Der Abg. Löwe hat schon damals die jährliche Bewilligung der Friedenskräfte als ein Sicherheitsmittel für das Reich betrachtet. Diejenigen, welche die Frage unter dem Gesichtspunkt einer Parteifrage betrachten, verkennen vollständig die Tragweite derselben. Der Reichstanzler hat sie viel zutreffender und klarer formuliert: Soll das Parlament mehr und mehr von den Militärfragen abgedrängt werden, — der Reichstanzler drückt es so aus: Soll der Friedensstand von den Beschläffen wechselnder Majoritäten abhängen — darum handelt es sich. Es ist die ehrliche Ueberzeugung vieler Patrioten in Deutschland: nichts würde mehr gewinnen als unsere Armee, wenn die Feststellung der Friedenskräfte wie bei der Marine so auch beim Landheer jährlich erfolgen würde. Dann würden alle Krisen verschwinden, die das Septennat mit sich führt. Die Armee erhielte allmählich und geräuschlos, was sie braucht. Das haben bis vor wenigen Wochen auch sehr conservative Blätter zugegeben. Im Jahre 1880 ebenfalls. Weshalb heute nicht mehr?

Die Kreisheilungsvorlage.

Die Staatsberatungen im Abgeordnetenhaus nehmen einen raschen Verlauf, obwohl dieselben zeitweilig von Debatten unterbrochen wurden, welche mehr nach außen berechnet waren. Es ist selbst die Befürchtung laut geworden, daß es in naher Zeit dem Abgeordnetenhaus an Berathungsfähigkeit fehlen werde. Diese Befürchtung erscheint indessen unbegründet. Denn es liegen nicht nur dem Hause selbst noch einige Gesetzesvorlagen vor und es steht von Mitte nächsten Monats ab die Ueberweisung wichtiger im Herrenhause durchberathener Vorlagen in Aussicht, sondern es sind in naher Zeit auch weitere Vorlagen der Staatsregierung zu erwarten. Es gilt dies insbesondere von dem Gesetzentwurf betreffend die Theilung einer Reihe von Kreisen. Die officiellen „Polit. Nachr.“ schreiben hierzu:

„Dieser Entwurf bezweckt bekanntlich die Theilung von 13 größtentheils in den zweisprachigen Landestheilen gelegenen Kreisen, um den Landräthen die erforderliche intensive Verwaltung der Staatsangelegenheiten auch da zu sichern, wo die Bevölkerungszahl, der Flächenraum oder die sprachlichen Verhältnisse bisher Schwierigkeiten boten. Die Kosten der Kreisheilung, welche etwa 300 000 Mk. im Jahr betragen, werden reichlich aufgewogen durch die Vortheile, welche sowohl der Staat als die Kreiseingefassenen aus der besseren und insbesondere mehr persönlichen Wahrnehmung der landrätthlichen Geschäfte ziehen werden. Insbesondere wird auch die Wahrung der deutschen nationalen Interessen gegen Polonisirungsbestrebungen durch die Maßregel wesentlich gefördert werden.“

Die Durchführung derselben durch Gesetz beruht auf der Bestimmung der Kreisordnung, wonach es zur Theilung von Kreisen eines Gesetzes bedarf; des einseitigen Charakters dieser Maßregel wegen ist die strenge Form durchweg gewählt, obwohl ein Theil der Kreise außerhalb des Geltungsbereichs der Kreisordnungen liegt.“

Auswanderung nach den Colonien.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht nachstehendes: Die deutschen Behörden und namentlich das Auswärtige Amt erhalten fortgesetzt aus den verschiedensten Theilen des Reichs und auch aus dem Auslande zahlreiche Gesuche um Anstellung, Verwendung oder Anstellung in den unter deutschem Schutz stehenden überseeischen Gebieten, um kostenfreie Beförderung nach denselben, um Zulassung zum Militärdienst dafelbst, bezw. um Belehrung und Auskunftsvertheilung über die dortigen Verhältnisse.

Es ist wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß das Reich Stellen in den Schutzgebieten nicht mehr zu vergeben hat, und daß Unterstützungen zur Ueberföderung dorthin um so weniger gewährt werden können, als überhaupt nicht die Absicht besteht, eine Auswanderung nach jenen Gebieten zu lenken. Auch steht in den Colonien kein Militär und bietet sich daher auch keine Gelegenheit, daselbst der Militärpflicht zu genügen. Die Behörden befinden sich somit nicht in der Lage, den Gesuchen der erwähnten Art irgend welche Folge zu geben. Diese Erklärung geht weit über den Rahmen einer Benachrichtigung an die Urheber der in Rede stehenden Gesuche hinaus. Mit welcher Begeisterung haben die Freunde der Colonialpolitik auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Strom der Auswanderer nach Gebieten zu lenken, in denen der Zusammenhang mit dem Vaterlande erhalten bleibe u. c. und daß gerade deshalb Deutschland Colonien erwerben müsse. Jetzt aber wird officiell erklärt: „Es besteht überhaupt nicht die Absicht, eine Auswanderung nach jenen Gebieten zu lenken“, mit anderen Worten, die Schutzgebiete sind zur Anstellung nicht geeignet. Etwas anderes haben auch die Freisinnigen nicht behauptet.

Die Kriegervereine und die Wahlen.

Fortdauernd werden von gouvemenentaler Seite Versuche gemacht, die Kriegervereine als solche im Wahlkampf zum Eintreten für die Reaction zu bewegen. Da wird nun aus Baden von einem scharfen und entschiedenen Veto gegen dieses Treiben berichtet. Das Präsidium des badischen Militärvereinsverbandes, Frhr. v. Degenfeld, Generalleutnant zur Disposition, und Herr Türk, Generalmajor zur Disposition, haben gegen die Einmischung der Militär- und Kriegervereine in die Reichstagswahlen ein scharfes Circular gerichtet. Ein unwürdiger Mißbrauch, so heißt es darin, würde es sein, wenn die Militärvereine sich in politische Agitation hineinzulassen läßen. Das haben eben jeden Militärvereins hänge davon ab, daß er politisch und confessionellen Streitigkeiten fern bleibt. Jedes Vereinglied der Vereine in Wahl-agitationen, von welcher Seite es auch komme, muß daher rüchlos zurückgewiesen werden. Nicht der Mitglieder des Militärvereins eine eines jeden Würgers ist es, an den Wahlen sich zu betheiligen. Jeder wähle, wie sein Gewissen ihm gebietet; durch keinerlei Beeinflussung lasse er sich von dem freien Ausdruck seiner Ueberzeugung abhalten.

„Abfall“ im Centrumslager

Soll nach den Behauptungen gouvemenentaler Blätter „mehr und mehr“ zu Tage treten. Ueber die Vorgänge auf dem Gebiete der Wahlbewegung berichtet nun das officiöse Wahlbureau nur in so weit, als es sich um nationalliberale Candidaten handelt oder um anscheinende Erfolge gegenüber dem Centrum. So wird heute über die Auffstellung eines Socialdemokraten in Neuf berichtet und zwar in einer Meldung, welche den Eindruck hervorgerufen bestimmt ist, als ob die dortigen Mitglieder des Centrums, welche bisher für den Herrn v. Dalwig gestimmt, nunmehr einen anderen, für das Septennat eintretenden Centrumsandidaten aufgestellt hätten. Es heißt in dem Telegramm vom 31. Januar:

„In einer gestern Nachmittag hier stattgehabten zahlreich besuchten Versammlung von Reichstagswählern aus dem Wahlkreise Neuf-Greenbroich, welche dem Septennat zustimmten, wurde beschlossen, dem bisherigen Abgeordneten v. Dalwig, welcher gegen das Septennat

stimmte, einen anderen katholischen Candidaten in der Person des aus dem Kreise Neuf gebürtigen Oberlandesgerichtsraths Saurland in Elmar entgegenzustellen. Die Candidatur wurde einstimmig acceptirt.“

In Wirklichkeit handelt es sich aber nur um den auch an anderen Orten gemachten Versuch, den bisherigen Vertreter des Wahlkreises zu Falle zu bringen, indem man von conservativer oder national-liberaler Seite einen, natürlich dem Centrum nicht angehörigen Katholiken aufstellt. Dadurch, daß die Candidatur aufgestellt wird, wird an der Parteistellung im Wahlkreise zunächst noch nichts geändert; es fragt sich nur, ob die Wähler diesem Vorgehen zustimmen werden. Ganz dasselbe Experiment ist ja, wie man sich erinnert, mit Erfolg unlängst bei einer Nachwahl zum preussischen Abgeordnetenhaus in einem Fulda'schen Wahlkreise in Scene gespielt worden; aber daraus lassen sich noch keine Schlüsse ziehen für die Reichstagswahlen.

Der Einfluß der Getreidebörsen auf den Getreidehandel.

erfährt in dem, wie immer, gleich im Beginne des neuen Jahres erschienenen „Berichte über den Getreide-, Del- und Spiritushandel in Berlin und seine internationalen Beziehungen im Jahre 1886“ von Emil Meyer eine eingehende Beleuchtung. Der sich durch seine streng sachliche Beurtheilung auszeichnende, auf tägliche Beobachtung der Verhältnisse des Getreidemarktes gründende Bericht sagt:

„Unstreitig am meisten gelitten haben unter dem Einflusse der Börsen an ihrem Getreidehandel unsere norddeutschen Provinzen, denen nicht nur das Transporthandels der Einfuhr durch die Verminderung der letzteren verdrängt, denen auch ihr bisheriges Ausfuhrgeschäft für den größten Theil des Jahres fast abgeschnitten war. ... Der milde ostdeutsche Weizen in England und Belgien stets vorzugsweise gekauft und mit den besten Preisen bezahlt worden; auch Frankreich und Holland nehmen ihn gern. Aber der consumsfähige Westen und Süden Deutschlands baut selbst solche milden Qualitäten und bedarf zu deren Ergänzung der fremden harten Sorten. Die letzteren werden selbst bei theuerem Einsteifen bezogen, und nur widerwillig geht man an die Ueberwälle heran, die der Osten Deutschlands abstoßen möchte. Die aber, von der Concurrenz auf dem Weltmarkt durch den Zoll ausgeschlossen, drängt mit seinen Offerten nach dem einzigen ihm geliebten Abgabegebiete, dem Westen und Süden Deutschlands, und so kommt es, daß sich die Seepreise von Posen bis Memel unterbieten. Bei der gegenwärtigen Handhabung der Zollgesetzgebung wird eben der deutsche Weizen nach Abgabegebieten gedrängt, die ihn nur widerwillig und unter seinem Werthe aufnehmen, während er im Allgemeinen ausgießlicher ist von Abgabegebieten, in denen er beliebt ist und Vorzugspreise bezieht. Als Folge dieses Verhältnisses häufen sich auf den deutschen Märkten leicht starke Bestände an und rufen einen Preisrückgang hervor, der in den Verhältnissen des Weltmarktes nicht begründet ist. Nur dadurch kann Abhilfe geschehen, daß die Zollverwaltung auf den Nachweis der Identität verzichte, weil allein auf diese Weise dem deutschen Product der Verkauf ins Ausland, und zwar unter besonders günstigen Umständen unmittelbar nach der Ernte, bevor das spätere enttende Ausland in Concurrenz tritt, ermöglicht wird, während gleichzeitig durch Eröffnung dieses Abzuges der deutsche Weizenmarkt von einer auf dem Preis im freien Verkehr drückende Waare entlastet wird.“

Daß diese Ausführungen den Thatfachen entsprechen, wird dadurch bestätigt, daß neuerdings die Producenten die Wünsche der beim Getreidehandel interessierten Kreise nach Aufhebung des Identitätsnachweises unterstützen. Auch der Jahresbericht der Handelskammer in Mannheim für 1886 spricht sich in demselben Sinne aus. Er weist nach, daß während die Getreide-Einfuhr im Großen und Ganzen eine constante ist und bleibt, die Ausfuhr seit der Einführung der Getreidebörsen, besonders aber der höheren Getreidebörsen, im Verschwinden begriffen ist. Der norddeutsche Weizen hat nach dem Mannheimer Bericht seine früheren Märkte in Holland, Belgien, England verloren und wird nach Süddeutschland gedrängt, wo diese Weizen wieder weniger beliebt sind. „Durch diese unnatürliche Sachlage“, heißt es dort, „wird der Preis des inländischen Weizens ganz außer Verhältnis gedrückt, der Export von deutschem Weizen aber allmählich ganz aufhören. Es ist leicht begreiflich, daß die deutschen Getreideproducenten hierdurch stark geschädigt werden und auch der Getreidehandel hierunter schwer leiden muß. Diese ganze Frage ist übrigens keineswegs neu; bereits im Jahre 1872 ist sie im deutschen Reichstage ausführlich verhandelt worden. Damals schon hat der frühere Minister Delbück nachgewiesen, daß eine etwaige Erleichterung bei dem Import und Export von Getreide nicht bloß im Interesse des Handels, sondern auch der Landwirtschaft der östlichen Provinzen liegt.“

Verschiebung der deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen.

Der kais. deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen Deutschlands mit der Schweiz hat den schweizerischen Gesandten in Berlin benachrichtigt, daß man deutscherseits nunmehr in der Lage wäre, die Anfangs November vorigen Jahres eingeleiteten Verhandlungen weiter zu führen.

Mit Rücksicht auf andere schwebende handelspolitische Fragen hat derselbe jedoch dem schweizerischen Gesandten anheimgestellt, sich darüber zu informieren, ob es dem schweizerischen Bundesrath vielleicht angezeigt erscheine, die Weiterführung der gedachten Verhandlungen um einige Monate zu verschieben, d. h. für die Wiederaufnahme derselben also den Zeitpunkt abzuwarten, wo es mit Rücksicht auf andere in Aussicht stehende Verhandlungen Deutschlands möglich sein dürfte, die Grundlage, auf welcher ein neuer Vertrag zwischen Deutschland und der Schweiz vereinbart werden könnte, genauer und erschöpfender zu beurtheilen, als es jetzt der Fall ist.

Der schweizerische Bundesrath hat es nun, wie die „Pol. Nachr.“ aus Bern erfahren, für nützlich erachtet, eine solche Verschiebung eintreten zu lassen, jedoch in der Meinung, daß er sich für den Fall, daß die gedachten Verhandlungen zu lange auf sich warten lassen sollten, vorbehalte, bei den verbün-

deten Regierungen zu beantragen, die Verhandlungen mit der Schweiz unabhängig von denjenigen mit anderen Staaten weiterzuführen.

Die Rüstungsgerichte in Oesterreich.

Das „Fremdenblatt“ meldet: „In den jüngsten Ministerberathungen, welche unter dem Vorsitz des Kaisers ihren Abschluß fanden, hat es sich zunächst, wie uns von gut unterrichteter Seite mitgetheilt wird, nicht einigen auf den Ausgleich bezüglich Fragen um die Frage der Activirung und Ausrüstung des von den Vertragsfürdern im vorigen Jahre votirten Landsturms gehandelt. Bekanntlich war dessen Activirung im Sinne des betreffenden Gesetzes ursprünglich einem späteren Zeitpunkt vorbehalten und für die Durchführung dann eine längere Zeit in Aussicht genommen worden. Die inzwischen eingetretene bedrohliche allgemeine politische Lage macht jedoch die Durchführung notwendiger Maßregeln in kürzester Frist erforderlich und es tritt damit auch die Nothwendigkeit ein, die Bewilligung von Mitteln hierfür im verfassungsmäßigen Wege in nächster Zeit sicherzustellen. Weiter waren wohl auch diejenigen zur Completion der Ausrüstung unserer gemeinsamen Armee nötigen Bestimmungen Gegenstand der Berathung, deren Dringlichkeit bereits in den Anfangs dieses Monats stattgehabten Ministerconferenzen festgestellt war und die ausschließlich solche nachträgliche Anschaffungen von Bekleidungs-, Verpflegungs- und Ausrüstungsgegenständen betreffen, welche zur Herstellung und Beschaffung eines längeren Zeitraums bedürfen.“

Da mit Rücksicht auf die noch immer andauernde, in den letzten Tagen durch die immer precärer sich gestaltende Situation im Westen Europas noch bedrohlicher accentuirte Gesamtlage des Welttheils an eine Unterbrechung dieser Maßregeln nicht gedacht werden kann, sondern die Fortsetzung derselben in Aussicht genommen werden muß, so wird hierfür auch eine größere Summe erforderlich sein, für deren Bedeckung vorzuzugewinnen unumgänglich notwendig ist, so daß als wahrscheinlich angenommen werden muß, daß in einiger Zeit auch die Einberufung der Delegationen zu einer Session ad hoc behufs Gutheißung und verfassungsmäßiger Zustimmung zu den angeordneten Maßnahmen der Kriegsverwaltung sich als unabwendbar erweisen dürfte.“

Gestern kamen die Rüstungsgerichte auch im ungarischen Unterhause zur Sprache. Der Abg. Franyi richtete eine Anfrage an die Regierung über die auswärtige Lage. Der Ministerpräsident Tisza erwiderte, daß sich seit den von ihm und von dem Grafen Kalnoky in den Delegationen abgegebenen Erklärungen in den Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu den auswärtigen Staaten, namentlich zu Deutschland, nichts geändert habe. Die Regierung hoffe auch heute noch, daß es ihr gelingen werde, unter Wahrung der Interessen des Landes und der Monarchie den Frieden aufrecht zu erhalten. Er benutze die Gelegenheit, um sich wegen der von dem Abg. Franyi erwähnten Rüstungsgerichte zu äußern. Es sei bekannt, daß es in Europa, selbst die Schweiz und Belgien nicht ausgenommen, wenn gleich alle Staaten gleichmäßig die Erhaltung des Friedens anstrebten, dennoch keinen einzigen Staat gebe, der sich nicht in den Stand zu versehen wüßte, seine Interessen auch mit eigener Kraft vertheidigen zu können. Das sei keine Vorbereitung zum Kriege, sondern eine Maßnahme der Vorsicht. Diese ausschließlich der Vorsicht entspringende Maßregel werde auch in Oesterreich-Ungarn getroffen, und zwar zum Theil mit Zustimmung der competenten gesetzgeberischen Factoren. Er bitte von vornherein bringend, diese Maßregel nicht als Vorbereitung zum Kriege anzusehen, sondern eben nur als eine Maßregel der Vorsicht und aus dem Gesichtspunkte, daß, wenn angesichts der Vorkehrungen sämtlicher Staaten der Frieden gegen seine Hoffnungen dennoch gefährdet werden sollte, Oesterreich-Ungarn seine Interessen, wenn sie trotz aller Friedensbestrebungen nur auf einem anderen Wege wahrgenommen werden könnten, auch auf diesem Wege wahrnehmen könne. (Allgemeine lebhaftige Zustimmung.)

Berathungen des englischen Parlaments.

Im Unterhaus erklärte es gestern der Unterstaatssecretär des Auswärtigen für unbegründet, daß eine Depesche nach Wien abgegangen sei, in welcher Oesterreich die Unterstützung Englands im Falle eines Krieges mit Rußland angeboten wird. Das Haus setzte hierauf die Abrede fort.

Das Oberhaus verwarf ohne besondere Abstimmung die zweite Lesung der Vorlage, wonach den Frauen das Wahlrecht gewährt werden soll. Der Premier Salisbury erklärte im Laufe der Debatte, es sei nicht üblich, daß ein Haus die Initiative zu einer Reform der Zusammensetzung des andern Hauses ergreife.

Für Goshen soll nun in London ein Parlamentsmandat gewonnen werden. Der bisherige Vertreter des Districts St. George-Wilfried ist, um ihm Platz zu machen, zurückgetreten und bereits gestern beantragte die Regierung im Unterhause eine Neuwahl. Lawson verlangte eine Vertagung der Wahl, weil die Wähler erst gestern früh den Rücktritt des bisherigen Abgeordneten erfahren hätten. Die Vertagung wurde mit 173 gegen 93 Stimmen verworfen und die Neuwahl angeordnet.

Narhen in Afghanistan.

Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Bombay von heute: Der Stamm der Duranis, welcher von dem afghanischen Gouverneur in Kandahar aufgereizt worden war, griff am 8. v. M. das Fort Rala Abdulla in der Nähe von Rhojal mit der Absicht an, den politischen Vertreter Englands und den Oberingenieur der Eisenbahn Quetta-Rhojal zu tödten; da aber diese Beamten in dem Fort nicht anwesend waren, tödteten die Duranis den Khan und 100 Kulis.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 31. Januar.

2. Beratung des Etats. Bei dem Titel: „Statistik des Handelsverkehrs“ trägt der conf. Abg. Graf Kanitz die Wichtigkeit der Sache hervor, welche die Handelsbilanz guttätig erscheinen lasse, als sie ist. Der conf. Abg. Meyer (Breslau) weist nach, daß die log. Handelsbilanz überhaupt wertlos sei.

Bei dem Etat des Handelsministeriums bedauert

Abg. Vohren (freiconf.), daß es in Preußen nicht Erhebungsanstalten für Kaufleute und Gewerbetreibende mit der Berechnung zum einjährigen Dienst gibt. Wollen die jungen Leute eine Vorbildung für ihren zukünftigen Stand bekommen, so müssen sie im Gymnasium bis zur Sekunda sitzen und eine Menge unnützer Lateins und Griechisch einprägen lassen. Mit dieser Halb- und Unbildung treten die jungen Leute bloß und prätorisch ins Leben. Die alte preussische Gewerbeschule hatte gewiß sehr viele Mängel. Das Kultusministerium hat sich aber durch die Reorganisation dieser Schulen an dem geistlichen und gewerblichen Leben der ganzen Nation schwer veründigt. Ich bitte den Handelsminister, die festschließende lateinische Realschule so einzurichten, daß der Handels- und Gewerbestand dort eine abgeschlossene Berufsbildung erlangen und daß den Schülern mit dem Zeugnis der Reife zugleich das Recht zum einjährig-freiwilligen Dienst gegeben wird. (Beifall rechts.)

Geb. D. Reg.-Rath Anders: Dem Handelsminister steht keine Einwirkung auf die Organisation der allgemeinen Unterrichtsanstalten zu. Nebenher vertheidigt die erfolgte Umgestaltung der alten Gewerbeschulen.

Abg. v. Mangschau (conf.) wünscht, daß die Kosten für die Ausrichtung der Vorkurse auf den Staat übertragen werden. — Minister v. Bütticher verspricht, die Sache in Erwägung zu ziehen.

Ueber den Ausgabebetrag für Errichtung und Unterhaltung der Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen 350 000 M. wird auf Antrag des Abg. Wagnitzki (Pole) gefordert abgestimmt; die Bewilligung erfolgt mit großer Majorität.

Als neues Kapitel erscheint in dem Etat das Institut für Glasmalerei, dessen Uebernahme auf den Staat am 1. April er. erfolgen soll. Die Einnahmen sind auf 4200 M., die Ausgaben auf 56700 M. veranschlagt. Die Budgetcommission hat sich mit der Verstaatlichung einverstanden erklärt, unter der Voraussetzung, daß jederzeit freie Hand bleibe, das Institut wieder eingehen zu lassen.

Abg. Goldschmidt (frei.) macht seine Zustimmung an dem an sich mündelnden Institut von einer Erklärung der Regierung abhängig. Er fürchtet, daß der Staat den in erfreulichen Aufblühen begriffenen privaten Instituten für Glasmalerei eine solche gefährliche Konkurrenz machen könne. Bei der Renovation der Dreifaltigkeitskirche in Berlin habe das königliche Institut, sogar mit eigenem Schaden, die private Glasmalerei unterboten. Nach seiner Ansicht wäre die Aufgabe des königl. Instituts für Glasmalerei schon erfüllt, wenn es Künstler heranzubilde und so die Kunst der Glasmalerei fördere.

Geb. Rath Anders: Von einer Konkurrenz gegen die Privat-Institute wird nach der Verstaatlichung ebenso wenig die Rede sein, als bisher. Die Privat-Institute sind auch gar nicht in der Lage, derartige Arbeiten, wie sie das königl. Institut ausführt, jederzeit übernehmen zu können.

Abg. v. Minnigerode (conf.) spricht sich nach diesen Erklärungen für die Uebernahme der Anstalt aus.

Abg. Meyer = Breslau (frei.) befreit, daß ein staatliches Interesse für die Verstaatlichung dieses Instituts bestehe; erweisen scheint ihm nur, daß die Staatverwaltung sich desselben zu entziehen entschlossen sei. In München habe die Privatindustrie ihre Blüthe erst entfaltet, als das staatliche Institut aufgehoben wurde. Für die Zukunft habe man nicht die geringste Sicherheit, wieviel mehr würde man bei einem späteren Versuch, die Kosten abzuliefern, eines schweren Verfassungsbruches bedürftig werden, auf den nur mit Entrüstungsresolutionen geantwortet werden könne.

Abg. Greiner (Christl.-soc.) meint, daß auch ästhetische Rücksichten die Gegner bestimmen sollten, der Verstaatlichung zuzustimmen.

Abg. Kropatschki (conf.) wundert sich, daß die Freisinnigen so hart gegen eine der Kunst genommene Verstaatlichung Stellung nehmen, nachdem sie im Reichstage hundertfach höhere Summen für eine physikalisch-technische Reichsanstalt verlangt hätten.

Minister v. Bütticher: Eine perniciöse Konkurrenz ist gar nicht zu befürchten. Auch die zukünftige preussische Staatsanstellung wird ein Förderungsmittel der Privatindustrie auf dem Gebiete der Glasmalerei sein und bleiben. Die Staatsbewilligung stellt die freie Bewegung in der Zukunft diesem Etatkapitel gegenüber keineswegs in Frage.

Abg. Meyer-Breslau beharrt dabei, daß die budgetrechtliche Frage auch nach den Erklärungen des Ministers unbeantwortet bleibe.

Das Kapitel wird darauf gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Theils des Centrums genehmigt.

Bei den Gehältern für die Subalternbeamten an den Regierungen bemerkt Unterstaatssekretär Weincke auf eine Anregung, daß der Versuch, die Subalternbeamten durch die ganze Monarchie rangieren zu lassen, keinen guten Erfolg gehabt habe. Man sei deshalb wieder dazu zurückgekehrt, die Abrechnungsverhältnisse in den Regierungen selbst zu regeln. Die Ungleichheit in der Anciennität sei nur eine vorübergehende.

Etat des Justizministeriums.

Abg. Mundel: Durch die beabsichtigte Herabsetzung der Anwaltsgebühren sind zahlreiche Gritzenzen meiner Kollegen bedroht. Als die Gebührenordnung kam, sagte man, die Gebühren müßten niedriger bemessen werden, es sei leicht, sie hinterher zu erhöhen. Nun ist gerade das Gegenteil geschehen. Man hat den Steuerfiskus in seinen Einnahmen zu beugen gesucht auf Kosten der Advokatur. Ich bin persönlich an dieser Sache völlig uninteressiert. Ich möchte erfahren, weshalb die preussische Regierung ihren sonstigen Traditionen zuwider die Anwälte vorher in dieser Angelegenheit nicht einmal gefragt hat. Meine zweite Frage betrifft den Fall Hring-Mablow. Bekanntlich hat sich der Minister des Innern dieses Mannes warm angenommen. In dem Strafverfahren gegen diejenigen, welche Hring verleumdet haben sollen, ist nur festgestellt worden, daß alles, was von Hring behauptet wurde, wahr sei, daß er auch Majestätsbeleidigungen begangen. Es ist nun bekannt geworden, daß gegen Hring ein Strafverfahren ebenfalls prompt wie gegen seine angeblichen Verleumder eingeleitet worden ist. Der Justizminister soll die Akten über diesen Fall gelesen haben. Ich frage, was er in Folge dieser Lectüre zu thun gedenkt? Ein anderer Fall. In einer großen preussischen Stadt lebt ein angesehener Rechtsanwalt, der den Fehler hat, Mitglied eines deutsch-freisinnigen Vereins zu sein. Ich bin bereit, den Namen zu nennen. Der Landes- oder Oberlandesgerichts-Präsident wünschte ihn zum Notar zu befördern, sagte ihm aber, er könne ihn nicht vorschlagen, wenn er nicht vorher aus dem Verein ausgetreten (hört!). Sollten im Justizministerium für die Beförderung der richterlichen und anwaltlichen Beamten außer ihrer Befähigung noch andere Verbiehungen zum Advancement befähigen? Die Zwangsverweisung liegt in der Hand des Justizministers. Nun ist ein Richter von Köln nach Königsberg versetzt worden, während ein anderer Richter in Schleswig-Holstein ganz in die Nähe versetzt wurde. Sollte hier von Fall zu Fall entschieden werden, so wäre ich zufrieden; sollten aber andere Motive mitsprechen, so wäre ich begierig, sie zu erfahren.

Unterstaatssekretär Rebe-Pfingst: Was das Anwaltskostengeheß betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß in früheren Jahren die Rechtsanwaltschaft zu Anmerkungen über diese Lage veranlaßt war. Diese Anmerkungen sind bei der Ausarbeitung des erwähnten Gesetzes berücksichtigt worden. Die Akten des Prozesses Hring-Mablow sind im Justizministerium niemals gelesen worden. Was den dritten der von ihm beregten Punkte betrifft, so ist von einer Auslösung eines Oberlandesgerichts-Präsidenten darin gedenkt, daß ein Rechtsanwalt aus einem politischen Verein auszuscheiden habe, nichts bekannt geworden. Bei der Verlegung des rheinischen Richters lagen die Dinge so, daß durch die Verhältnisse selbst es geboten war, denselben vom Schauplatz seiner früheren Wirksamkeit so weit wie möglich

weg zu bringen. Was die zweite Verlegung betrifft, so war in der That damals keine andere Stelle vacant.

Abg. Kropatschki (conf.) weist darauf hin, daß durch die Herabsetzung und Einschränkung der Zeugen das Ansehen des gerichtlichen Eides sehr geschädigt sei, und erklart die Staatsregierung, beim Reiche dahin zu wirken, daß durch eine Aenderung der Prozeßordnung dieser Mißstand beseitigt werde. Außerdem tritt Redner für eine Aufbesserung der Gehälter der ersten Gerichtsschreiber bei den Landgerichten und für eine Vermehrung der etatsmäßigen Staatsanwaltschaft ein.

Hierauf wird die weitere Beratung vertagt bis Dienstag.

Deutschland.

* Berlin, 31. Januar. Der Kaiser nahm heute Vormittag den Vortrag des Grafen von Bismarck entgegen und arbeitete dann längere Zeit mit dem Chef des Civilcabinetts. Am Nachmittag unternahm der Monarch eine Ausfahrt.

2. Berlin, 31. Januar. In parlamentarischen Kreisen hat die Antwort, welche der Vertreter des Justizministers in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses auf die Frage des Abg. Mundel ertheilte, weshalb bei der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs über die Revision der Gebührenordnung Gutachten der Anwaltskammer nicht eingeholt worden seien, Ueberraschung hervorgerufen. Der Regierungs-Commissar erklärte diese Unterlassung damit, daß das Justizministerium an der Ausarbeitung der Vorlage nicht theilhaftig gewesen sei, was nichts anderes heißt, als daß der preuss. Justizminister keine Reueigung hat, die Verantwortlichkeit für die Vorlage mit dem Staatssekretär im Reichsjustizamt zu theilen. Es scheint das die Gerichte zu befriedigen, daß der Vertreter Preußens im Reichsausschuß des Bundesraths gegen die wesentlichen Punkte der Novelle gestimmt habe. Die zweite Lesung der Vorlage hat in dem Ausschusse des Bundesraths bekanntlich noch nicht stattgefunden, weil zunächst noch über eine Reihe von Fragen specielle Erhebungen stattfinden sollten.

Im Abgeordnetenhause ist heute der übliche Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der für Rechnung des preussischen Staats verwalteten Eisenbahnen im Berichtsjahre 1885/86 zur Vertheilung gelangt. Der Bericht nebst Anlagen umfaßt nicht weniger als 326 Druckseiten.

* [Abg. Richter] ist vorgestern in Babel (2. Oldenburg) in einer Vertrauensmännerversammlung des Wahlkreises einstimmig zum Reichstagsabgeordneten aufgestellt. Der bisherige freisinnige Abg. Richter hat es aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt, wieder zu kandidiren.

* [Der Papst und die Wahlen.] Die Ankündigung des Reichstanzlers resp. die Münchener Nachricht von dem Eingreifen des Papstes zu Gunsten der Regierung gegen das Centrum hat thatsächlich in „nationalen“ Kreisen große Freude hervorgerufen. Das ist selbst der „Kreuz-Zeitung“ zu arg und sie schreibt:

„Ziel unserer noch erscheint uns aber unter demselben (nationalen) Gesichtspunkte die Tatsache, daß in diesen Tagen ein nicht geringer Theil der Presse gerade derjenigen Parteien welche sich selbst als die „nationalen“ par excellence bezeichnen, nicht müde wird, die Ansichten auf eine Intervention des Papstes zu Gunsten der Regierungsfreundlichen Wahlen mit hoffnungsvoller Freude zu verfolgen. Es ist man denn ganz mit Blindheit geschlagen, daß man die Consequenz eines solchen an den Papst gerichteten Sifers nicht mehr erkennt? Als Pius IX. in einer Encyclica die Mangelge, „irritas leges“ nannte und sie als für die Katholiken unüberwindlich erklärte, da ging ein Sturm der Entrüstung durch den damals verarmten Landtag über diese anmaßende Sprache der Curie; einem späteren Papst, der die deutschen Katholiken wieder einmal gegen die Regierung aufstieß, wird man einen Vorwurf daraus nicht mehr machen können, nachdem man seinen Vorgänger für die Regierung um Unterstützung angegangen hat. Wo bleibt das eigene nationale und evangelische Bewußtsein aller derer, die uns so oft der Verläugnung desselben mit Unrecht geziehen haben?“

Die „Germania“ aber bemerkt dazu:

„Die „Kreuzzeitung“ irrt darin, daß sie glaubt, die betreffenden Herren würden nicht, sogar in kürzester Frist, dann auch wieder das Gegenheil von ihrer heutigen Behauptung mit demselben „Grußton der Ueberzeugung“ vertreten! Augenblicklich-Politik ist ja Alles, was unsere Opportunisten und Realpolitiker gegenwärtig machen. Dem morgigen Tage überlassen sie nicht bloß seine eigene Plage, sondern sie schieben ihm auch noch die Plage des heutigen Tages zu, so weit es geht, wenn der heutige nur dadurch etwas erleichtert wird.“

* [Kriegshereien.] Während Herr Schweinburg in den „Pol. Nachr.“ fortfährt, Gespöck zu citiren (heute wieder ist er zu berichten in der Lage, daß das Baradenlager bei Corcieux unweit St. Dis am 20. Februar mit einem Regiment Infanterie und einem Regiment Kavallerie belegt werden soll), fann selbst die „Kreuzzeitung“, die doch sonst in der Wahl der Mittel zur Förderung von Septennatswahlen nicht gerade wählerisch ist, nicht umhin der Mittheilung zu widersprechen, daß jetzt auch deutscherseits zur Aufhebung von Baradenlagern geschritten werde. Sie meint, diese Meldung beruhe nur auf einer Verwechslung, welche durch das Preisausschreiben des Kriegsministeriums für die Construction einer Lazarethbarade hervorgerufen sei. Das wäre allerdings ein sehr sonderbares Mißverständnis.

Magdeburg, 30. Januar. Einer Deputation liberaler Wähler von hier hat Herr v. Jordanbeck bezüglich des Septennats erklärt: „Und wenn der Reichstag noch zwölf Mal aufgelöst wird, stimme ich doch gegen das Septennat.“

* Magdeburg, 30. Januar. In einer Versammlung der deutsch-freisinnigen Partei ist die Aufstellung des Herrn Dr. v. Jordanbeck als freisinnigen Candidaten in Vorschlag gebracht worden. Herr v. Jordanbeck, der die Candidatur in seinem bisherigen Wahlkreise Sagan-Sprottau angenommen hat, wird schwerlich in der Lage sein, diesem Wunsch der Magdeburger Parteigenossen zu entsprechen. Dagegen hat sich, wie man hört, Herr Dr. Barth bereit erklärt, auch die Magdeburger Candidatur zu übernehmen.

* In Halle sprach vorgestern der Abg. Dr. Alexander Meyer vor 2000 Wählern und wurde einstimmig wieder als Candidat aufgestellt. Die National-liberalen und Conservativen haben den tabaksmopolfreundlichen Herrn Taaglichshod aufgestellt.

Posen, 31. Januar. Mehrere polnische Kreis-Wählerversammlungen fanden am Sonntag den 30. v. M. statt. Die Wählerversammlung für den Landkreis Posen wurde unter sehr starker Theilnahme Nachmittags 4 1/2 Uhr im Knoll'schen Saale abgehalten. Nachdem Gutschke v. Karlin'ski-Zablowo zum Vorsitzenden gewählt worden war, erstattete der Abg. Fabrikbesitzer Cegielski seinen parlamentarischen Rechenschafts-Bericht, welcher mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Alsdann stellte die Versammlung dieselben Herren, welche von der Wählerversammlung der Stadt Posen eine Woche zuvor gewählt worden waren, als Candidaten auf, und zwar: den Fabrikbesitzer Cegielski, den Rittergutsbesitzer Starzyński und den Lic. Jaskulski aus Biezdrowo. — Von der Kreiswählerversammlung zu Samter wurden die Herren Graf Hector Rüdiger, Wlad. v. Taczanowski und Dr. Plucinski, von der des Kreises Kul die

Herren Dr. Mycielski-Galows, Fürst Ferd. Radziwill, Graf Joh. Zollwettl Wlad. von der des Kreises Gnesen die Herren Dr. v. Chelmski, Wl. Milowski und L. v. Gräbe als Candidaten aufgestellt. (P. 3.)

* In Düsseldorf wird von den Septennatspartien 6000 Mark zur Agitation für die Wahl des Fürsten Leopold von Hohenzollern gezeichnet worden, der sich im Falle seiner Wahl keiner Partei anschließen will. Er wird schwerlich in die Gefahr kommen, sich darüber zu entscheiden. Bei der letzten Wahl am 28. October 1884 erhielten: Centrum 11 286 Stimmen, Comm.-Rath Lueg 3003, Drechsler Vebel 1048, Rechtsanwalt Träger 869 Stimmen.]

Konstantinopel.

31. Januar. Gestern hat hier die Candidatenwahl für das kaiserliche Patriarchat stattgefunden. Der frühere Patriarch Joachim III. erhielt 33, der Metropolit von Adrianopel 19, der Metropolit von Heraklia 13, der Metropolit von Metelino 12 Stimmen. Die übrigen Stimmen vertheilten sich auf die 11 anderen Metropolitane. Die endgültige Wahl findet spätestens am nächsten Sonntage statt, sobald die Pforte die Candidatenliste revidirt und zurückgeschickt haben wird.

Am 2. Februar. Danzig, 1. Februar.

Wetter-Aussichten für Mittwoch, 2. Februar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Ziemlich heiteres, vielfach nebligcs Wetter mit leichten Winden, ohne erhebliche Niederschläge. Temperatur wenig verändert oder abnehmend.

* [Zur Reichstagswahl.] Die Theilnehmung bei Einfind der Wählerlisten ist hier in diesem Jahre bedeutend größer gewesen wie bisher zu irgend einer Wahl. Im Laufe des gestrigen Tages erschienen öfters zu gleicher Zeit soviel Personen, daß das betreffende Bureau-Lokal zeitweise vollständig gefüllt war. Nach ungefähre Feststellung sind zur Einfind der Wählerlisten erschienen resp. haben durch Beauftragte dieselben einsehen lassen: am 24. Januar für 563 Wähler, am 25. Januar für 703, am 26. Januar für 843, am 27. Januar für 1204, am 28. Januar für 1652, am 29. Januar für 1803 und am 31. Januar für 1577 Wähler, in Summa für 8345 Wähler.

* [Strafkammer.] Wie bekannt, wurde der Handwerker Simon Gudel i. J. in Danzig aus- gewiesen und versetzt in Folge dessen in Concurs. In dem darauf gegen ihn angestrenzten Prozeß wegen unterlassener Buchführung wurde er aber freigesprochen, weil der Gerichtshof ihn als Hausirer ansah und als solchen zur Buchführung nicht für verpflichtet erachtete. Gegen dieses Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und es sollte diese Angelegenheit heute aufs Neue zur Verhandlung kommen. Gudel ist aber inzwischen, während seine Prozeßsache noch beim Reichsgericht schwebte, durch die Staatsbehörde gezwungen worden, mit Frau und Kindern das Land zu verlassen, und er weilt jetzt im Westen Nordamerikas. Da er sonach zu der heutigen Verhandlung nicht erschienen war, mußte dieselbe ausgesetzt werden und der Gerichtshof beschloß die Zwangsgewaltung, falls G. in Deutschland angetroffen werden sollte.

Ferner wurde heute vor der Strafkammer gegen die Arbeiter Franz Barucha, Albert Schimanski und Wlil. Rein, jeder erst ca. 17 Jahre alt, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Welterheben etc. verhandelt. Am 6. Sept. v. J. bemerkte der auf dem Heumarkt stationirte Caupmann Umling, daß die drei Angeklagten etwa 10 Uhr Abends untergefaßt, singend die Promenade entlang gingen, wodurch die Passanten belästigt wurden. Als A. den Aufseher dieses unterlagte, benahm S. sich renitent und griff den Beanteten an. Letzterer rief zwei vorübergehende Soldaten herbei. Hierbei versetzte dem dem Geirreten ein Messerhieb unter das rechte Auge und lief dann fort. Bei dem Transport des S. nach dem Polizeigefängnis gestellte sich A. wieder hinzu, um, wie er sagte, zu sehen, wo sein Genosse blieb. Wegen dieses Vergehens verurtheilte der Gerichtshof S. zu zwei Monaten Gefängnis und A. zu 14 Tagen Haft, S. zu 14 Tagen Haft und A. zu 6 Monaten Gefängnis und 14 Tagen Haft.

* [Schiffsnotiz.] Nach einem Telegramm des hydrographischen Amtes der kaiserl. Admiralität ist das Feuereschiff „Bremen“ wieder auf Station.

* [Bildungs-Verein.] Herr Dr. Schirlitz hielt gestern Abend einen Vortrag über die herrlichen Kunstwerke Italiens und illustrierte dieselben durch Vebilder. Zunächst sehen wir das schöne Venedig, wenn wir über Wien und Triest nach Italien reisen, mit der herrlichen Erblehrkirche, welche wie die auf der Insel St. Giorgio stehende Kirche, Westwerke von Palladio sind und beide in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts erbaut wurden; wir sehen ferner auf dem Ufer des Canal grande, den das „Piazzetta di St. Marco“ mit der prächtigen Markuskirche, dem Dogenpalast, der Kirche „St. Maria della Salute“ und das Staatsarchiv. Ein zweites Bild zeigte uns Florenz mit der „Piazzetta della Signoria“, auf welcher sich bedeutende Kunstwerke zusammengefunden haben, als man die Stadt in ihren Mäulen und Sammlungen birgt. Dann führte uns der Redner nach Rom und zeigte dort die herrlichen Tempel der „ewigen Stadt“, die prächtigen Gebäude, Denkmäler etc. Durch diesen interessanten Vortrag erwarb Herr Dr. Schirlitz sich den lebhaftesten Dank und reichen Beifall der zahlreichen Zuhörer. Es folgten alsdann noch einige Erklärungen zu dem Vortrage, sowie die Erledigung einiger Fragen. Schließlich wurde von Seiten des Vorsitzenden bemerkt, daß am nächsten Sonntag, den 6. d. M., ein Winterfest stattfindet.

* [Conservative Versammlung.] Wie wir bereits in der Morgen-Ausgabe kurz mittheilten, hatten die hiesigen Conservativen gestern Abend im Saale des Gewerbehause eine Versammlung abgehalten. Der Vorsitzende, Herr Albert Claassen, eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser, man möge dies aber nicht „mit halbem Herzen“ thun, wie die Freisinnigen bei ihrer letzten Versammlung es gethan, sondern „mit ganzem, treuen und aufrichtigen Herzen“. Nach dieser geschäftlichen Einleitung befragte Redner die Vorgänge im Reichstag. Windthorst habe die katholische Partei verführt und mit den Freisinnigen die Majorität gebildet. Diese Majorität habe das Regieren im Lande so schwer wie möglich gemacht, sie habe Geleze zu Fall gebracht, die für das Volk erforderlich waren; die ganze Gesetzgebung sei somit ins Stocken gekommen; die Monopole seien fallen gelassen, um sich das Volk zu Willen zu erhalten. Die Freisinnigen und ihr Anhang hätten Alles rundweg abgelenkt. Directe Steuern seien nicht mehr zu erheben, wo sollten dann noch die Einnahmen herkommen, wenn man auch die indirecten Steuern verlagte? Der Reichstag sei der Regierung jede Antwort schuldig geblieben, wie erforderliche Steuern ausbebracht werden sollten. Die Franzosen haben ihre Macht vergrößert, daher mußte auch bei uns die Heeresvorlage gemacht werden, und da diese Vorlage nicht bemittelt (!) wurde, so sei es Pflicht der Regierung gewesen, den Reichstag aufzulösen. Alles was bemittelt wurde, wurde nur nominal bemittelt. Wo sollen die Cadres bleiben, wenn sie nach drei Jahren wieder aufgelöst werden sollen? (Der Leiter der hiesigen conservativen Partei hat also keine Ahnung davon, daß die Cadres weder auf drei noch auf sieben Jahre, sondern auf die Dauer bemittelt werden sollten und bewilligt worden wären, wenn der Reichstag überhaupt dazu gekommen wäre, über § 2 der Militär-Vorlage zu beschließen. Das ist recht bezeichnend! D. Red.) Man werde nun dafür sorgen, daß die Majorität eine Minorität werde. — Dr. Hauptmann Engel, der zweite Redner, erklärte, er könne nicht so glatt sprechen wie Schrader oder Richter, aber er will sich bemühen, Allen verständlich zu werden. Herr Schrader habe gesagt, die Commission hätte die Beratung der Militär-

Vorlage in neun Sitzungen erledigt. Das sei aber keine Beschleunigung, in drei Sitzungen hätte man diese Angelegenheit erledigen müssen. Das W-Abnachtsgefehl des Reiches für sein Volk, die Erhöhung der Armeelöhne habe man ihm verweigert. „Freisinnige“ sei es, aber keine W-Abnachts, als Deutsche hätten sie die Vorlage bewilligen müssen. Wenn die Vorlage durchgegangen wäre, so wäre der Frieden ganz sicher, jetzt sei das eine andere Frage. Sich aber auf den großen Fuß zu stellen und zu sagen, wir fürchten uns nicht vor Frankreich, wäre lächerlich. In der letzten Rede in Danzig habe Herr Schrader 5 Mal und Richter 4 Mal um Entschuldigung gebeten (!), daß sie die Vorlage nicht bewilligt haben, weil sie gemüth hätten, daß sie Unrecht (!) gethan. 18 hiesige Kaufleute hätten anerkannt, daß die Freisinnigen unpartheiisch seien, und wollen sich uns anschließen; dieses erkennen wir mit Dank an. Die Freisinnigen sagen stets, daß man doch erst hätte die dritte Lesung abwarten müssen, aber dann hätten wir uns vor dem Auslande compromittirt. Die Franzosen hätten Boulanger alle Forderungen bewilligt (!), und daß man das bei uns verweigert, ist Vaterlandsverrath. Liebigens wäre der Antrag Stauffenberg in der dritten Lesung wie durchgegangen; mithin sei die Vorlage glänzend durchgegangen und der Reichstag habe nichts gethan. Hätte die dritte Lesung stattgefunden und die Vorlage wäre abgelehnt worden, so hätte Frankreich gewiß den Krieg erklärt und wir wären dann vielleicht jetzt schon im Kriege. — Den Haupttrumpf spielte Herr v. Buttikamer = Plauth aus. Er meinte die Freisinnigen hätten durch die Ablehnung der Vorlage bewiesen, daß sie keine Patrioten sind. Der Abg. Richter sei ein Schleppträger Richters und es fänden auf ihn die Worte Anwendung: „Und wie er räuspert und wie er knust, das hat er ihm glückselig abgedruckt.“ Im Reichstage wirkte Herr Richter nur noch auf die Lachmuskeln, auch für Danzig sei er eine abgetane Größe; denn bei der letzten Wahl mußte er hier das Feld räumen. (!) Dr. Schrader wolle, wie er sagt, nicht mit einer gebundenen Marschroute nach Berlin gehen, aber er entschuldige sich, nicht für das Septennat haben stimmen zu können, weil das gegen das Programm der Freisinnigen gewesen wäre. Den Krieg von 1866 nenne er einen Bruderkrieg, das sei nach den damaligen Verhältnissen eine Schmach. Jeder Abgeordnete sollte seiner Reden wegen vor Gericht gestellt werden können. (Es dürfte dann Herr v. Buttikamer nicht immer aufgeben! D. Red.) Schrader, Richter, Richter seien nie Soldat gewesen, sie müßten vom Tufel nichts wissen. Sie hätten erst für die Vorlage auf 3 Jahre gestimmt, nachdem sie die Entfaltung des Volkes gesehen. Es lie Alles Lug und Trug gewesen von Seiten der gegnerischen Parteien, sie wollten nur die Neuwahlen. Auch in dieser Stadt hat man gesehen, daß man nicht mit der Abstimmung der Freisinnigen einverstanden ist, und man hat sich von ihnen getrennt. Wenn Sie nur irgend ein Gegenkommen finden, so gehen Sie mit diesen Herren bei der Wahl zusammen. Es gebe nur zwei Wege, die man gehen kann, entweder mit Kaiser, Bismarck und Wolke oder mit Richter-Windthorst-Balencleaver! Die Katholiken haben zwar eine ungerechte Gesetzgebung ertragen müssen, aber der Kaiser habe ihnen ihre Rechte wiedergegeben, daher sollten sie mit diesem und nicht mit den Welsen, Sozialisten, Freisinnigen und wie die „Kerls“ alle heißen, gehen. Wenn ich Katholik wäre, ich würde mich losagen von Windthorst diesem Welsen, welcher ausdrücklich erklärt hat, daß er es mit den Welsen hält und „Verath am Vaterland“ plant. Ob Sie für den Commerzienrath Böhm stimmen, wird noch bestimmte werden, aber der bisherige Danziger Abgeordnete muß definitiv beiseite treten! — Dr. Albert Claassen bemerkte schließlich: Eine schächterne Annäherung haben die Herren, welche sich von den Freisinnigen losgetrennt, schon gemacht. Wir haben ein Comité gewählt, welches mit Herrn Böhm unterhandeln soll, und wenn wir die Ueberzeugung gewinnen, daß derselbe für die Heeresvorlage, für die Bewilligung der Gelder hiezu stimmen wird und sich nicht mehr der „Fortschrittspartei“ zu rechnen will, so wollen wir denselben als Candidaten wählen; sollte derselbe sich aber spröde erweisen und sich hierzu nicht verpflichten wollen, so werden wir einen eigenen Candidaten aufstellen. In den nächsten Tagen wird abermals eine Versammlung stattfinden und werden wir alsdann die Erfolge mittheilen. — Damit wurde die Versammlung geschlossen.

* [Theater.] Das Gastspiel der Meininger in Berlin beschloß unserer Stadt Gelegenheit, das Ballet- Personal des dortigen Victoria-Theaters hier gastiren zu sehen. Die zu diesem Zwecke vom Balletmeister Severini und Ballet-Regisseur Seehofer in der Art der durch Manoniti's „Greller“ neu in die Balletkunst eingeführten Tanzweise arrangirten Tänze werden gewissermaßen eine Geschichte des Ballets vorführen. Der langjährige Capellmeister C. A. Naida hat dazu eine gefällige Musik geschrieben und wird dieselbe persönlich dirigiren. Die Costüme und Requisiten und originellen griechischen Instrumente, die das Ballet uns vorführen wird, sind in derselben glänzenden Weise hergestellt, wie am Victoria-Theater. Als erste Solotänzerin schied uns das Victoria-Theater Fräulein Marie Alra; neben ihr werden 3 andere Solotänzerinnen, 1 Balletmeister, 2 Solotänzer und Damen des Corps de Ballet mitwirken.

* [Aufgehundene Leiche.] Vorgestern Vormittag wurde bei Strahdeich eine ca. 20 Jahre alte männliche Leiche im Eise aufgefunden. An der Leiche sind Verletzungen am Kopfe wahrgenommen und man nimmt an, daß hier ein Verbrechen vorliegt. Die Leiche wurde nach dem Wobsehof geschafft.

* [Verurtheilung.] Ein Gewinn von 5000 M. ist gestern Vormittag auf Nr. 105 516 (nicht 10556) gefallen.

* [Polizeibericht vom 1. Februar.] Verhaftet: Ein Commis wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen Hausfriedensbruch, 1 Zimmermann wegen Sachbeschädigung, 1 Arbeiter wegen groben Unfugs, 14 Obdachlose, 5 Bettler, 2 Betrunkene, 2 armen. In der verfloßenen Woche sind in Summa verhaftet worden: 36 Bettler, 25 Dirnen. Gestohlen: 1 Kalkmüchle, 1 Taillentuch, 1 Schürze. Gefunden: 1 Pflüch-Wuffe, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Vordruckschein und Gefälligkeitsordere auf den Namen Bloch. Abgehoben von der Polizei-Direction.

Cartaus, 30. Januar. Zur Hebung des deutschen Volksschulwesens in unserm Kreise soll, wie verlaudet, die Staatsregierung Mittel im Betrage von mehr als 100 000 M. bewilligt haben. Dieses Geld soll theils zu Neubauten von Schulen, theils zur Entlastung der Schuldenstände verwendet werden.

* [Schneefall, 31. Jan.] Die im Monat November v. J. hier stattgefundenen Ertaschwals eines Stadtraths-Ordneten der 3. Abtheilung wurde bekanntlich wegen vorgelommener Formfehler für ungültig erklärt. Es fand in Folge dessen heute eine Neuwahl statt, aus welcher der deutsche Candidat Malermeister Pecht mit einer Majorität von 9 Stimmen als Sieger hervorging. Während die 86 polnischen Wähler sämmtlich zur Stelle waren, fehlten von den deutschen 17 Stimmen. — In Betreff der Reichstagswahl findet weder von der einen noch von der anderen Seite eine Agitation statt. Wenn auch in unserer Stadt die Deutschen die Majorität haben, so kommt unsere Stimmenmehrheit für den ganzen Wahlbezirk bei dem bedeutenden Ueberwiegen des polnischen Elements nicht in Betracht.

* Der Bahnhofsvorsteher Johann es in Graudenz ist zum Vorsteher des Bahnhofes 1. Klasse in Gnesen und der Stations-Assistent Rose in Graudenz zum Stationsvorsteher in Marienwerder ernannt.

Dem zum Ober-Regierungsrath ernannten bisherigen Polizeipräsidenten von Königsberg Hrn. Devens ist die Stelle des Dirigenten der Finanz-Abtheilung bei der Regierung in Trier übertragen worden.

Wartenburg, 24. Januar. Elektrische Beleuchtung wird seitens der hiesigen Straßensanität geplant. Die Firma Magnus-Königsberg hat neulich Ingenueure hierher entsendet, um die vorhandene Wasserkraft für die Einrichtung zu prüfen.

Breslau, 31. Januar. In einer gestern Nachmittags in Tapan abgehaltenen freisinnigen Wählerversammlung wurde, wie die „Königsb. Post. Ztg.“ meldet, Herr Richter-Danzig zum Candidaten für den Wahlkreis Labiau-Wehlau aufgestellt.

Zeitung westpreuß. Provinzial-Landtag.

Eröffnungssitzung am 1. Februar.

In dem mit Flagen geschmückten Landeshause begann heute der westpreuß. Provinzial-Landtag.

Hierzu eine Beilage